

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Schloßstraße: Herford,
Kreuzstraße 29/31



Telefon Nr. 83 und 191
Postfach Nr. 5796
Schloßstraße

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1000 Zeichen. Bei 1000 Zeichen
oder deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen 10 Pfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 205.

Herford, Mittwoch, den 1. September 1920

38. Jahrgang.

Die Folgen von Breslau.

Was Frankreich fordert.

Wtb. Berlin, 31. August. Die von dem französischen Botschafter heute dem Auswärtigen Amt überreichte Note lautet wie folgt: Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. 8. beehre ich mich, Ihnen die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung der ersten Zwischenfälle bekannt zu geben, die sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. 8. zugezogen haben.

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt.
2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Blünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberalles möglich war, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschafters wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und nach 7 Uhr abends. Eine Kompanie Weichwehr mit Musik erteilt die Ehrenbegleitungen und desiert vor dem Konsulat. Das Programm des Ganges wird im Einverständnis mit der Botschaft festgestellt. Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf dieselben Ursachen, wie die Beileidigung der französischen Flagge vom 16. 7. zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem disziplinarische Maßnahmen gegen den Hauptmann der Armee. Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Republik in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu haben, aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre Konsulate und militärischen Vertreter, in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Herausforderung absehen, zu denen das regelmäßige Ausschleichen einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlechtern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutsche Mißbilligung und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende machen will.

In diesem Sinne beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft binnen kürzester Frist durch Seine Excellenz den Reichskanzler ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung im vollen Umfange gewährt wird. Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Ueberfälle gegen die internationalen Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder erheischen. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Charles Laurent.

Simons beim französischen Botschafter.

Wtb. Berlin, 1. Sept. (Eig. Draht.) Ueber die Note der französischen Regierung über die Breslauer Vorgänge ist gestern nachmittag in einer Sitzung des Reichskabinetts eingehend beraten worden. Im Anschluß an die Sitzung stattete Außenminister Simons dem französischen Botschafter einen Besuch ab, um über Einzelheiten der Note Rücksprache zu nehmen. Wie verlautet, hat Reichsminister Simons nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe Forderungen der französischen Regierung so schwerwiegend seien, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten müsse. Mit diesen Punkten wird sich heute vormittag das Kabinett befassen, worauf sich der Reichstagsausschuß für Auswärtiges mit der Note beschäftigen wird.

Oberschlesien.

Unglaubliche Untaten der Polen.

Wtb. Berlin, 31. Aug. Dem Lokalanzeiger wird aus Hindenburg eine jetzt erst bekanntgewordene Untat der Polen berichtet. Am 19. August fuhren trotz des General-Kreises etwa 400 deutsche Arbeiter in die Delbrücker Schächte ein. Eine etwa 800 starke polnische Bande erzwang durch Drohungen die Ausfuhr der deutschen Arbeiter. Die Polen stellten sich am Tor der Zeche in zwei langen Reihen auf und ließen die deutschen Arbeiter regelrecht Speikrutenlaufen, indem sie den Laufenden mit Knütteln und Stöcken zahlreiche Hiebe versetzten. Besonders schwer wurde der Vorkühnde des Verbandes heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Kunzendorf, mißhandelt. Die polnischen Frauen und Mädchen beschimpften dabei die deutschen Arbeitswilligen, spien ihnen ins Gesicht und traten die Verwundeten zu Boden.

Das Neueste vom Tage.

Der neue deutsche Botschafter in Paris, Dr. Maher, teilt gestern der französischen Regierung die Uebernahme der Botschaft offiziell mit.

Bei der deutschen Regierung ist eine Einladung zu einer Konferenz zwischen den Ernährungsministern Deutschlands und Italiens eingegangen, in der über Vorschläge für die Verpflegung des deutschen Volkes und über die Kohlenlieferungen Deutschlands beraten werden soll.

Die deutsche Regierung hat den Vorschlag Frankreichs, ihm zur Ablösung des Wiederaufbaus der zerstörten französischen Bibliotheken die deutsche Bücherei in Leipzig zu überlassen, abgelehnt.

In Elberfeld sind die Drucker des „Bürger-Vorwärts“ in den Streik getreten, weil sich der Verlag des Blattes gegen eine Zensur durch das technische Personal wehrte.

Ab 1. September sind sämtliche aus Belgien auszuführenden Waren einer Ausfuhrbewilligung unterworfen.

Der König und die Königin von England werden demnächst Paris einen Besuch abstatten.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 31. Aug. Der „Preussische Pressedienst“ teilt mit: Im gesamten ober-schlesischen Industriegebiet arbeiten gegen 70 Prozent; im Hindenburg Bezirk ist die Zahl der Arbeitswilligen noch größer. Auf den Delbrück-Becken sind nur noch 16 Prozent der Arbeit fern geblieben.

Die Entwaffnung.

Berlin, 31. Aug. Die „Dena“ gibt eine Meldung des „Echo de Paris“ wieder, nach der der Oberste Rat beschlossen hat, die Frist zur Entwaffnung der ober-schlesischen Bevölkerung bis zum 12. September zu verlängern. Die Entwaffnung ist eine generelle. Infolgedessen werden von ihr auch die neu gebildeten paritätischen Ortswehren betroffen.

Besserung des Kohlenabtransports.

Wtb. Berlin, 31. Aug. Amtlich wird mitgeteilt: Nach den letzten Mitteilungen der zuständigen Kohlenstelle ist eine Besserung der ober-schlesischen Kohlenzufuhr zu erwarten. Die gestern von den Blättern angekündigten Verkehrseinschränkungen, welche mit Wochenende angeblich beginnen sollten, entsprechen nicht den Absichten der Staatseisenbahnverwaltung.

Der Massenmord von Josefstal.

Wtb. Rattowitz, 31. August. Ueber den Massenmord von Josefstal bei Deutsch-Peitz, wo nun schon 10 Leichen grauam getöteter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit entsetzlichen Einzelheiten ein. Von privater Seite wird berichtet: Der Schauplatz der Leichenfunde ist ein kleiner Waldhain dicht an der Grenze. Alle 10 Opfer kamen aus dem Schlafhaus der Grenze. Alle 10 Opfer kamen aus dem Schlafhaus der Grenze. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkannt ist bisher nur eine von den Leichen und zwar als die des Schlafhausmeisters Los. Als einer der Täter wird ein gewisser Mjod genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze dortige Gegend aufgewiegelt haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist. Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zutage gefördert wurden, boten ein grauenerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerwundenen Wirkungen der Kopfschüsse waren die Schiffe aus nächster Nähe abgegeben, aber gerade deshalb jähnte die Anzahl der Schiffe zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich grauam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberleidung, des Schutzes usw. beraubt und wie Viehsticker durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Öffnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen bewohnten, hielten mit den Ausdrücken ihres Abscheues vor der unmenschlichen Brutalität der polnischen Mörder nicht zurück. In den deutschen Kreisen ist die Entrüstung ungeheuer. Man ist überzeugt, daß diese verheerenden Mordtaten nicht die einzigen ihrer Art sind und daß die meisten von denen, die von den polnischen Truppen weggeschleppt wurden, ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

Neue polnische Morde.

Wtb. Hindenburg, 31. August. Landjäger, die sich auf einem Patrouillengang befanden, wurden gestern nachmittag bei Groß-Banow von einer Horde bewaffneter junger Burschen beschossen. Die Jäger schlugen. Drei von ihnen wurden später erschossen aufgefunden. Der Kreisinspektor von Hindenburg ließ gestern vom Polizeigebäude in Groß-Banow durch einen Adjutanten die polnische Flagge herunterholen.

Riga abgelehnt.

Moskau, 30. August. An den polnischen Minister des Auswärtigen ist ein Funkpruch gerichtet worden, in dem es heißt:

„Ihr Vorschlag, den Verhandlungsort von Minsk nach Riga zu verlegen, ist heute mit etwas Verpätung hier eingetroffen. Im Hinblick darauf, daß wir am 27. August an Sie den Vorschlag gerichtet haben, die Verhandlungen nach Gstaad zu verlegen, und daß wir sofort bei der estländischen Regierung die hierzu erforderlichen Schritte getan haben, ist zu befürchten, daß ein von Ihrer Seite gemachter abweichender Vorschlag zu neuen Verzögerungen führt. Die Konflikte, welche die polnische Abordnung in Minsk heraufbeschworen hat, wo die von dem Kriegszustande ungetrennten Schwierigkeiten ihr den Vorwand zu allerlei Verzögerungen boten, und der Umstand selbst, daß Sie in Ihrer Depesche noch einmal diese Konflikte heraufbeschworen, läßt uns die Fortsetzung dieser verzögernden Machenschaften befürchten, zumal Sie jetzt auf schon erledigte Vorfälle nochmals zurückgreifen.“

Gleichzeitig mit Ihrem Telegramm, das uns nach Riga einlud, erhielten wir ein anderes vom Vorsitzenden des Ministerrates, Herrn Witos, der uns bittet, die technischen Schwierigkeiten der Verständigung zwischen Warschau und Minsk zu beheben, da letztere Stadt von ihm als Ort zu den weiteren Verhandlungen ins Auge gefaßt sei. Diese Verschiedenheit der Ansichten, die deutlich das Fehlen einer einheitlichen Entschliebung der polnischen Regierung beweist, ist ein Grund mehr, bei der Einladung zu bleiben, welche wir vor zwei Tagen ergehen ließen.“

Polnische Gegenwortschläge.

Wtb. Moskau, 31. August. (Funkpruch). Die polnischen Gegenwortschläge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen belegen u. a. zu Punkt 1.

1. Die Sowjetrepublik muß die Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Es ist selbstverständlich, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbstständig ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann.

Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Reiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Ostgrenze Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig hält sie es für ihre Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen.

Zu Punkt 3. Die Absicht, den Polen die Verpflichtung einer Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als eine Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Rußland folgt augenscheinlich mit vollem Bewußtsein der Politik Peters des Großen und Katharinas II., einer Politik, welche dieselben Forderungen stellte, die zu dem Verbrechen der Teilung führten. Es geht uns um so mehr in Stainen, weil es doch weltbekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe brachte und nicht im geringsten die Absicht zeigt, die eigene Wehrmacht zu beschränken.

Zu Punkt 10. Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten. Für Polen wird es dann erst möglich sein, an eine Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht, was Polen als ein echt demokratisches Reich schon lange heiß ersehnt. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermiliz würden einen völligen Umsturz der Basis der Souveränität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und könne als solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Entsprechend dem vorübergehenden Ergebnis kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Delegation ihre Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisierten und zwar sofort nach Friedensschluß.

Polen will keine Devisenfront.

Wtb. Paris, 31. August. Nach der „Information“ erklärte Marschall Pilsudski dem Berichterstatter dieses Blattes, daß das polnische Heer angesichts seiner ausgedehnten Front und seiner numerischen Stärke sich unmöglich auf eine rein defensive Haltung beschränken könne, wie sie von der Entente gewünscht werde. Wenn Polen auf der Entente-Linie halt mache, so hieße dies, daß Polens Ansprüche mit dieser Grenze erfüllt find.

Wtb. Rom, 31. August. (Havas). Die kürzlich von der Idee Nationale veröffentlichte Meldung, der Heilige Stuhl habe an Polen eine Note gerichtet, worin Mahigung bei den russisch-polnischen Verhandlungen empfohlen wird, wird von unterrichteter Seite in Abrede gestellt.

Bolschewistische Erfolge.

Wtb. Königsberg, 31. August. Die Polen besetzten am 30. 8. angeblich nach Kampf Einwalli. Polnische Erkundungsabteilungen rückten in Sotolka und Karem ein. Der Vormarsch des Russen Budjenny dauert trotz des zähen Widerstandes der Polen fort. Ostlich von Remberg fanden für die Bolschewisten erfolgreiche Kämpfe statt.

Zusammenstöße zwischen Polen und Litauern.

Wtb. Lwow, 31. August. Litauischer Generalstabesbericht vom 30. 8.: Im Süden fanden Zusammenstöße zwischen litauischen Truppenteilen und Polen statt. Diese besetzten Augustowo. Grodno ist noch in russischer Hand.

Schwere Niederlage Wrangels?

Paris, 31. August. Nach einer Meldung des Matin aus London hat Kamenev gestern ein Telegramm erhalten, wonach die im Kaukasus gelandeten Streitkräfte des Generals Wrangel abgeschnitten, umzingelt und vernichtet worden seien.

Amerika und Italien sind einig.

Wb. Washington, 31. August. (Havas). Der Unterstaatssekretär teilt mit, daß Italien die Vereinigten Staaten benachrichtigte, daß die beiden Regierungen bezüglich der russisch-polnischen Frage vollkommen einig gehen. Nach Polen gingen Zusicherungen in diesem Sinne ab.

Englands Sorgenkinder.

Mesopotamien.

Wb. London, 31. Aug. Das Kriegsamt gibt über die Lage in Mesopotamien bekannt: Die mesopotamischen Stämme im Gebiet von Remadi und Falluval nehmen jetzt endgültig eine feindliche Haltung ein. Die eingeborenen Stämme halten noch immer die Städte Basra und Schamoham besetzt. Die Lage im Gebiet von Munefit zwischen dem oberen Tigris und dem unteren Euphrat wird immer bedenklicher. Die Lage um Samowah herum gibt auch Anlaß zur Besorgnis. Gilla wurde wiederum von einer Streitmacht von 1500 Mann angegriffen, diese wurden durch heftiges Artilleriefeuer zurückgeschlagen.

Irland.

Paris, 31. Aug. Nach einer Meldung des „Journals“ aus London ist es gestern in Belfast zu heftigen Kämpfen gekommen, bei denen zeitweilig 500 Personen beteiligt waren. In den letzten 24 Stunden wurden 18 Personen getötet und 200 schwer verletzt.

Gegen den Steuerabzug.

Wb. Ludwigshafen, 31. Aug. In einer Versammlung der Ludwigshafener Betriebsräte wurde der „Pfälzischen Post“ zufolge dem Antrage des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik stattgegeben, der in der Steuerangelegenheit ähnliche Maßnahmen solange hinausschieben will, bis eine sofort einzuberufende Reichskonferenz der Betriebsräte entschieden habe. Die Reichskonferenz sei bis zum 8. September spätestens einzuberufen. Das graphische Kartell hat eine Entschließung eingebracht, die die Steuerfrage durch den Reichstag als auf dem einzig möglichen gesetzlichen Wege gelöst wissen wollte.

Wb. Berlin, 31. Aug. Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums wird die Gültigkeit des § 1 b der vorläufigen Bestimmungen zum Lohnabzug vom 28. Juli über die Freilassung von Durchschnittsbeträgen vom Steuerabzug bis Ende 1920 verlängert.

Die Lebensdauer der preußischen Landesversammlung.

Wann die preußische Landesversammlung ihre Arbeiten für beendet erklären und sich auflösen wird, darüber ist bisher ein Beschluß noch nicht gefaßt worden. Bei ihrem Wiedereintritt im September wird sie zunächst die Verfassung verabschieden, aber auch darüber dürfte noch eine geraume Zeit vergehen, weil der Entwurf erst die erste Lesung im Ausschuss passiert hat. Nun sehen aber die bisherigen Beschlüsse des Ausschusses vor, daß die Bestimmungen über den Staatsrat und über die Selbstverwaltung erst in Kraft treten, wenn die Neuwahlen der Provinziallandtage auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts erfolgt sind. Will also die Landesversammlung ihr Werk vollenden, so muß sie außer der Verfassung auch die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungsgesetze erledigen, eine Arbeit, die viele Monate in Anspruch nehmen dürfte. Die Ansichten darüber, ob diese Arbeit noch in Angriff genommen werden soll, sind geteilt. Während die Sozialdemokraten auf Durchführung der Demokratisierung der gesamten Verwaltung Gewicht legen, bestreiten die Oppositionsparteien diesem Parlament das Recht dazu, da es nach dem Ausfall der Reichstagswahlen

nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens sei. Inwieweit diese Behauptung berechtigt ist, lehrt ein Blick in die Statistik der letzten Reichstagswahlen unter Ausschließung der nicht preußischen Landesanteile. Während bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung am 19. Januar 1919 auf die heutigen Regierungsparteien in Preußen (Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum) insgesamt 304 von 402 Mandaten entfallen sind, würden sie nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen nur 212 Mandate haben, immerhin noch eine Mehrheit, wenn auch eine recht schwache. Hierbei sind aber die Mandate mit eingerechnet, die die einzelnen Parteien am 19. Januar 1919 in Ostpreußen, Westpreußen, Oppeln und Schleswig, d. h. in den Abstammungsgebieten erhalten haben, wo die Reichstagswahlen bekanntlich ausgesetzt sind. Es sind dies fünfzig Mandate für die Regierungsparteien, zwölf für die Opposition von rechts und links. Nimmt man hier prozentual den gleichen Rückgang an wie im übrigen Preußen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die heutige Regierung sich auf eine Mehrheit im Volke nicht mehr stützen kann. Welche Schlüsse die Landesversammlung, auf deren Veranlassung die Statistik ausgearbeitet ist, aus diesen lehrreichen Zahlen ziehen wird, dürfte sich bald zeigen.

Tagung des deutschen Kleinhandels.

Erfurt, 25. August.

Unter Beteiligung von etwa 600 Vertretern der deutschen Kleinhandelsverbände aus allen Teilen des Reiches trat in der hiesigen „Reissource“ der 18. Verbandstag des Verbandes der Handelschuh- und Rabattparvereine Deutschlands zu mehrtägigen Beratungen zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die wichtigsten Interessen des deutschen Mittelstandes. Auch der Reichsdeutsche Mittelstandsverband und verschiedene Wirtschaftsverbände haben Abgeordnete entsandt. Die Verhandlungen leitete die Tagung des Reichsbundes der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels mit dem Sitz in Hannover ein, dessen Vorsitzender die Delegierten mit der Versicherung begrüßte, daß der deutsche Kleinhandel durchaus nicht abgewirtschaftet habe, sondern seine Existenz erneut beweisen werde. (Beifall.)

Kaufmann Sandquist-Magdeburg teilte mit, daß die Tagung vor allem gegen die Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen

unserer Zeit Stellung nehmen solle.

Reichstagsabgeordn. Senator Behnke-Hannover führte zum Geschäftsbericht aus, daß eine straffere Zusammenfassung der wichtigsten deutschen Mittelstands-Organisationen demnächst in die Wege geleitet werden müsse. Unter den durch die Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen am meisten bedrohten Kleinhandelsbetrieben stehe der Lebensmittelhandel obenan. Deshalb habe gerade der Lebensmittelhandel das größte Interesse an seiner Erhaltung und entschiedenste Abwehr solcher für das ganze Volk verhängnisvollen Bestrebungen durch Anwendung aller in der Selbsthilfe ruhenden Kräfte sei notwendig. Glücklicherweise macht sich bei der Regierung neuerdings ein gewisser Umschwung in den Vernichtungsabsichten gegenüber dem deutschen Kleinhandel bemerkbar, verursacht durch das Unvermögen, selbst die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in ausreichender Weise durchzuführen zu können. Man habe lange genug mit dem Feuer gespielt. (Sehr richtig!) Vor allem müsse dem Massenwillen der Straße

der Massenwillen des Deutschen Mittelstandes entgegengestellt werden. Der Reichsbund des deutschen Lebensmittelhandels sei entschlossen dafür einzutreten, daß er bei Bezug und Verteilung der rationierten Waren entsprechend berücksichtigt werde, daß die Bevorzugung der Konsumvereine nicht gar zu augenfällig werde und daß der Kleinhandel bei der Verteilung der Auslandslebensmittel nicht übergangen werde.

Syndikus Eigentümer-Berlin erörterte hierauf die Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen im einzelnen. Gerade dem Verbraucher müsse immer wieder gesagt werden, daß er keine Hoffnungen an die Sozialisierung und Kommunalisierung knüpfen dürfe. Alle ursprünglichen Berechnungen über die angeblichen Vorteile

der Gemeinwirtschaft seien durch die Tatsachen widerlegt worden. Der Vortragende unterbreitete der Versammlung schließlich folgende

Resolution:

„Die in Erfurt versammelten Vertreter von 80 000 im Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels vereinigten Kaufleute und Gewerbetreibenden sprechen sich grundsätzlich gegen eine Kommunalisierung des Lebensmittelhandels aus. Weiter nimmt die Versammlung besonders gegen den Abänderungsvorschlag des Ausschusses der Sozialisierungskommission Stellung, wonach zu den Unternehmungen, deren Kommunalisierung nicht der Genehmigung der Reichsregierung bedarf, auch die nicht landwirtschaftliche gewerbemäßige Herstellung, Lagerung und Verteilung usw. von Lebensmitteln gezählt werden soll. Die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels würde die Steuerkraft des Reiches tiefgehend beeinträchtigen und die Lebenshaltung des Volkes ungemein verteuern. Die Kommunalisierung ist gleich zu erachten der Beibehaltung der Zwangswirtschaft. Die in die Milliarden gehenden Verluste der Kommunen an Lebensmittelaufkäufen liefern den schlagenden Beweis für die Unrentabilität kommunaler Wirtschaft. Die Kommunalwirtschaft im ganzen Reich hat bewiesen, daß ihr die Betriebe der Versorgung notwendige kaufmännische Einsicht und Ueberblick, das aus eigenem Interesse diktierte kaufmännische Pflichtgefühl und die Fähigkeit, die Waren pfleglich zu behandeln, völlig fehlen.“

Die vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Förster-Hannover berichtet sodann über die Verbesserung der Preisspanne auf rationierte Waren und den diktatorischen Preisabbau unter Vorlegung nachstehender Entschließung:

„Die in Erfurt versammelten Vertreter von 80 000 im Reichsbund der Verbraucher des deutschen Lebensmittelhandels vereinigten Lebensmittelhändler erheben gegen den von unberufenen Elementen in vielen Orten des Reiches in Szene gesetzten diktatorischen Abbau der Preise, dem sich späterhin auch verschiedene Regierungen und Gemeinbehörden angeschlossen, nachdrücklich Einspruch. Es wird vor aller Öffentlichkeit festgestellt, daß ein freiwilliger Preisabbau auf allen Gebieten bereits eingeleitet hat, ehe die Plünderer ihr schamloses Handwerk begannen. Ein Preisabbau kann unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur allmählich und schrittweise vorgenommen werden. Ein diktatorischer Preisabbau, so wie er von radikaler Seite gefordert wird, muß zum Zusammenbruch der ganzen Volkswirtschaft führen. Die Kaufmannschaft ist bereit, an der Senkung der Lebensmittelpreise mitzuwirken und größtmögliche Opfer zu bringen, muß sich aber gegen Forderungen wenden, die nicht allein auf das ganze Geschäftsleben ruins wirken, sondern die es auch dem einzelnen Geschäftsinhaber unmöglich machen, sich und seine Familie unter den bescheidensten Lebensbedingungen zu erhalten.“

Infolge der Plünderungen im ganzen Reich sind Kaufleute in großer Zahl zu Schaden gekommen und um ungeheure Vermögenswerte gebracht worden; viele stehen vor dem Ruin, weil das Tumultgesetz eine vollkommen ungenügende Handhabe zur Herbeiführung von Entschädigung der Betroffenen vorsieht. Wir fordern daher Maßnahmen, welche den ehrbaren Handel vor Gewalttaten schützen und entsprechende Ausgestaltung des Tumult-

In einer weiteren Entschließung protestierte die Tagung gegen die bevorzugte Belieferung von Konsumvereinen, die eine Durchbrechung des demokratischen Gedankens bedeute.

Stadttrat Janssen-Barmen warnte den Kleinhandel vor Preisunterbietungen angesichts der geringen behördlichen Verkaufspreise. Nachdrücklich wurde ferner der Freigabe der Kaffee-Einfuhr das Wort geredet.

In einer weiteren Versammlung beschloß man sich mit der Lage des Textil-Kleinhandels und schließlich in einer allgemeinen Tagung der verschiedenen Kleinhandelszweige mit der Gestaltung des selbständigen Ladengeschäftslebens. Die Lage des Schuhhandels besprach Stadttr. Hoffmann-Erfurt. Auch in diesen beiden Versammlungen wurden lebhaft Klagen über behördliche Mißgriffe und Schikanen des deutschen Kleinhandels laut.

Im Schillingshof.

30. Roman von E. Marlitt.

Die junge Dame biß sich auf die Lippen und bog ihr Gesicht einen Augenblick über José, der in stichlicher Scheu vor der neuen Umgebung zu ihr gestülpt war und die kleinen Arme um ihre Hüfte gelegt hatte. „Um dieses Erblichen weiß ich — ich fühle, wie mir immer das Blut nach dem Herzen zurückströmt, seit die deutsche Luft mich umweht“, sagte sie nach einem augenblicklichen Schweigen gepreßt. „Ich dachte nicht, daß sich meine ganze Natur gegen sie empören würde, weil ich ja vom Vater her deutsch bin — jetzt weiß ich, daß er mir weder Sympathie, noch Feingefühl vererbt hat für dieses Land, in dem er so unglücklich gewesen ist. — Ich bin mir genau bewußt, was ich Felix versprochen habe, aber — mir graut vor dem verfallenen Hause; und dort soll ich die Großmutter unserer Kinder suchen?“ — Beide Hände um den Wundstumpf des Knaben verschlingend, drückte sie ihn an sich in tiefer Zärtlichkeit, aber auch voll des ausgesprochensten beleidigten Hochmutes. „Ich kenne die Vergangenheit meines Vaters“, fuhr sie nach einem tiefen Atemzug mit tonlos fallender Stimme fort; „und doch ist mir jetzt, als sähe ich in eine verlegene dunkle Stelle seines Lebens, weil er sich aus dem obskuren Winkel die Vorgängerin meiner stolzen Mutter geholt hat.“

Lucile hatte sich anfänglich mit lächelndem Behagen wieder zurückgelehnt und ließ die Silbergast des Kissens, auf das sie den Arm stützte, durch die Finger laufen.

„Armlosigkeit, Gemeinheit, obfurer Wink!“ wiederholte sie mit Phatos — dann lachte sie laut auf. „Das Klostergut hat sich ja ganz nett präsentiert — ich bin gerächt, furchtbar gerächt! — Ach, wie muß ich an den Abend denken, wo wir — der arme Felix und ich — aus der schauerhaften, dunklen Höhle flüchteten! Dann kamen wir hierher, wie ein Paar verirrter Kinder, und da war lauter Licht und Glanz. Ihre Frau, lieber Baron, saß dort auf

dem Lehnstuhl und stierte — sie stierte wohl immer noch? — und — ach, da fällt mir ein: existiert denn die kleine Bestie, die Minka, noch, die eine so besondere Liebhaberei für Miniaturporträts hatte?“

Jetzt wandte er ihr mit einem jähen Aussehen das Gesicht zu. „Aber ich bitte Sie, wollen Sie mich denn mit Ihrem Blick aufpassen?“ fuhr sie mit einer drolligen Entsetzensgebärde zurück. „Sagen Sie mir, weshalb regen Sie sich denn eigentlich auf, Baron?“ — Mercedes wegen? — Da können Sie ganz ruhig sein — ich habe ihr die amüsanste Geschichte längst erzählt. — Sie werden doch nicht dafür hüpfen wollen, daß Ihre Frau damals Minkas Amüsement in der Fensterrede stillschweigend begünstigt hat, weil sie das Bild in Ihrem Besitz nicht dulden wollte?“

Sie hatte recht, wenn sie sagte, er regte sich auf. „Ihr lebhaftes Naturell schafft sich einen weiten Spielraum bezüglich der Aufassung, Frau Lucian“, sagte er hörbar ergrimmt.

„Wie, Sie wollen doch nicht sagen, daß alles sei nicht wahr?“ fuhr sie empor und stand mit einem Ruck auf ihren beiden Füßen. „Gehen Sie doch!“ sagte sie erbittert hinzu. „Haben Sie nicht selbst die Splitter auflesen? Und wollten Sie nicht das Gelfenbild wieder zusammenkleben für den alten Freiherrn, oder für —“ sie zuckte die Achseln. — „na meinetwegen — was weiß ich!“

„Für mich selbst!“ fiel er ruhig ein.

Sie lachte gezwungen auf. „Ach ja, ich erinnere mich — und es ist wirklich noch vorhanden?“

„Ja.“ Bei dieser lakonisch gegebenen Antwort trat Donna Mercedes rasch näher.

„Ich darf mir wohl gelegentlich das Bild zurückerbitten“, sagte sie mit verhaltener Stimme.

Er griff in die Brusttasche und überreichte ihr schweigend ein kleines, schmuckloses Etui.

Fast sah es aus, als weiche sie zurück vor dieser raschen, kühlen Art und Weise der Erfüllung. Sie schlug die Augen nieder, aber auch gereizt zu ihm auf, und ein feiner, launischer Zug lag um ihren kleinen blauen Mund, während sie das Etui nachlässig in die Tasche gleiten ließ.

In diesem Augenblick trat der Bediente mit einem vollbesetzten

Kaffeebrett in den Salon. Rameff Bierner kam auch nach — er trug ein Körbchen, das mit Vereinstoff gefüllt war. Zugleich erdröhte die mächtige Stimme eines Hundes draußen von den Wänden der Kirche her.

„Pirat ist endlich da, Tante!“ schrie der kleine José jubelnd auf und rannte hinaus in den Korridor. Gleich darauf kam er wieder herein — die Arme um die breite Brust einer riesenhaften Dogge geschlungen. Hinter ihm trat ein großer, breitschultriger Neger auf die Schwelle.

José war plötzlich wie umgewandelt. Nun Pirats Stimme in dem fremden Hause laut geworden war, nun fühlte er sich auch heimisch.

„Ach, ich hatte schreckliche Angst um Pirat!“ sagte er stichlich erleichterten Herzens zu Baron Schilling, der mit der Rechten schmeichelnd über den Kopf des schönen Tieres strich. „Er heulte so furchtbar im Hundewagen, und da bestien alle anderen auch wie wütend — ich dachte, die Hunde würden sich alle totbeissen. Aber wo ist denn sein Haus? Bei Tante Mercedes war sein Haus so groß, daß ich mich auch mit hineinsetzen konnte.“

Baron Schilling lachte. „Sorgen Sie dafür, daß drüben aufgeschlossen und frisches Stroh eingestreut wird“, befahl er dem Bedienten.

„Zu Befehl“, sagte dieser unterwürfig. „Aber vergehen der gnädige Herr — es ist mir nur wegen der gnädigen Frau Baronin — der kleine Stall ist zu nahe beim Hause; die Beda, die der gnädige Herr vom Herrn Grafen Rainer bekommen hatte, bellte nicht halb so laut wie der Hund da, und sie mußte doch fort, weil die gnädige Frau den Rärm nicht vertragen konnte.“

„Oh — muß Pirat auch fort, Onkel?“ rief José im atemlosen Schreien.

„Er, was denkst du, mein Junge? Dein Spielkamerad bleibt im Schillingshof so gut wie du selbst. Komm, wir wollen ihn drüben bei mir ein behagliches Absteigequartier zurecht machen!“

Er nahm das Kind bei der Hand, winkte dem Neger, ihm zu folgen, und verabschiedete sich mit einer Verbeugung von den Damen, während der Hund mit einem betäubenden Freudenbell voranstieg.

(Fortsetzung folgt.)

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

1. September.

Hausangestellte und Steuerabzug.

Vom Verbands deutscher Hausfrauenvereine ist bei der Regierung folgende Eingabe gemacht worden: Die Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen beantragt, die Hausangestellten zu befreien und die Hausangestellten wie bisher selbst zur Steuer heranzuziehen. Diese ist auf 10 Prozent vom Barlohn festzusetzen. Die Art der häuslichen Arbeit unterscheidet sich wesentlich von jeder anderen Arbeitsleistung. Auch die Vergütung für die geleisteten Dienste ist abweichend von allen anderen Berufsgruppen. Die Entlohnung erfolgt in Barlohn und Naturalbezug; hinzu kommen die oft einen wesentlichen Teil der Einnahmen ausmachenden Trinkgelder, die Weihnachtsgeschenke usw. Es liegt daher eine Schwierigkeit gerade in der Ausführung des wichtigen Paragraphen 50, nach welchem die Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Reich gegenüber als Gesamtschuldner haften. Eine Haftung des Arbeitgebers kann aber unseres Erachtens nur dann in Frage kommen, wenn diesem ohne weitere Rücksicht das Arbeitseinkommen des in Frage stehenden Arbeitnehmers bekannt ist. Durch die bereits unvermeidliche Lohnsteigerung sind viele Haushaltungen des Mittelstandes schon heute nicht mehr in der Lage, eine Hausangestellte zu beschäftigen; es ist zu befürchten, daß durch den beabsichtigten Lohnabzug eine neue Steigerung erfolgt, die von den Arbeitgebern nicht mehr zu tragen sein wird. Andere, den Arbeitgeber wenig belastende Abmachungen könnten getroffen werden, wenn bei den Hausangestellten die Steuer direkt erhoben würde. Ferner schlagen wir vor, daß die Einkommensteuer der Hausangestellten, wie bis zum 1. August, so auch weiterhin nur vom Barlohn mit 10 Prozent erhoben wird, da die Höhe der Sachbezüge von 4 M pro Tag dem steuerfreien Einkommen von 1500 M fast gleich kommen und für die Behörden die Kosten für Beamte und Drucksachen dadurch fortfallen. Das ohnehin schon geringe Angebot an Hausangestellten, von denen bereits Tausende auswandern, würde noch mehr abnehmen, wenn nicht für diesen Beruf abweichende Bestimmungen erlassen werden. Daß aber die Notwendigkeit besteht, den Eintritt weiblicher Erwerbsloser in häusliche Tätigkeit zu fördern, geht aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Regierungen der Länder hervor. Aus den angeführten Gründen bitten wir um wohlwollende Prüfung unseres Antrages im Interesse eines von uns angestrebten guten Einvernehmens zwischen Hausfrauen und Hausangestellten.

— Das Wetter am Donnerstag: Meist heiter, trocken. Temperatur steigend.

— Deutsche Demokratische Partei. Der Parteitag des Bezirks Stadt- und Landkreis Herford wird am kommenden Sonntag, den 5. September, im Hotel Götte zu Wotlo abgehalten werden. Die Mitgliederversammlung wird neben geschäftlichen Dingen einen Vortrag des Abg. Kopsch aus Berlin auf der die politische Aussprache einleiten wird. Nach der Mittagspause wird Herr Rektor Kopsch in einer am 3½ Uhr beginnenden öffentlichen Volksversammlung einen Vortrag über die politische Lage halten. Herr Abg. Kopsch ist auch in unserm Bezirk als Politiker und Redner geschätzt. Sein Auftreten dürfte viele veranlassen, der Veranstaltung beizuwohnen.

— Ein Bürgerbund der Stadt Herford ist gestern Abend im Gv. Vereinshaushaus gegründet worden. Auf Einladung hatten sich Vertreter und Abgeordnete aller Vereine und Korporationen eingefunden, die auf bürgerlichem Boden stehen. Herr Dr. Lange wies in seiner Begrüßung auf die Ziele und Zwecke des Bundes hin, betonte die Notwendigkeit des Zusammenstehens auch für Herford. Andere Städte sind mit gutem Beispiele vorangegangen. Der Bürgerbund will ein Kampfbündnis sein gegen die, die eine einseitige Klassendiktatur anstreben, ein Schutzbund des Bürgertums und des individualistischen Gedankens im Wirtschaftsleben; er tritt ein für den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums. Er will die Gleichgültigen und Bauern aufrütteln und sie auf ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber aufmerksam machen. Einen Gegensatz zwischen Arbeiter und Bürger kennt er nicht. Jeder ist in seinen Rechten willkommen, wenn er auf dem Boden der Verfassung steht und gewillt ist, diese zu schützen. Seine Hauptaufgabe sieht er in friedlicher aufbauender Arbeit. — Nach diesen Ausführungen waren alle Anwesenden von der Notwendigkeit des Zusammenstehens überzeugt, konnten aber für ihre Mitglieder keine bindenden Beitrittserklärungen abgeben. Um den Zusammenschluß zu fördern, erklärten sich die Anwesenden zum Beitritt bereit, so daß ein vorläufiger geschäftlicher Vorstand gewählt werden konnte. Er setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Studienrat Dübber, Telegraphenobersekretär Werner, Sattlermeister Wehmeier, Rechtsanwalt Ganz und Kaufmann Friedr. Schulz. In diesen vorläufigen Vorstand wurden noch einige Herren gewählt, die die Sitzungen beraten und der nächsten Vollversammlung vorlegen sollen. Der Jahresbeitrag wurde auf 3 M festgesetzt. Ein Geschäftsführer im Hauptamt soll so bald wie möglich angestellt werden. Zu dem engeren Vorstand tritt dann später der Bürgerausschuß, die Vertreter der einzelnen Vereine und Korporationen. Ueber den Anschluß an den Landesbürgerbund und damit an den deutschen Reichsbürgerbund soll in der Vollversammlung beschlossen werden.

— Gegen die Kartoffelaufkäufer. Die für die Kartoffelversorgung in unserm Lande sehr bedrohliche Erscheinung von Aufkäufern, die für den Zentner Kartoffeln 30—35 M bieten, gibt dem „Lübbeder Kreisblatt“ Veranlassung zu folgender geharnischter Erklärung:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Staat mehr oder weniger machtlos gegen dieses Schieber- und Wuchergetriebe ist. Nur durch Selbsthilfe des Publikums kann diesem Unwesen gesteuert werden. Besondere auch du, deutscher Bauer, bleib stark und stolz. Gib diesem Gefindel, das sich auf Kosten deiner Heimat und Volksgenossen den trüben Reib mäkelt, die sie

einzig richtige Antwort, jage sie von deinem Hof, wie man lästige Ungeziefer verjagt, denke stets daran, daß gerade diese Herrschaften ein gerüttelt Maß von Schuld tragen an dem namenlosen Elend, das schon während der Kriegsjahre über uns hereinbrach.“

— Eine Viefesfelder Tagung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Zur Behandlung dieses Problems und der mit ihm zusammenhängenden Fragen wird am 6. Oktober in Viefesfeld eine größere Tagung stattfinden, die der Regierungspräsident in Minden in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht veranstaltet. Auf der Tagesordnung stehen sowohl die „antiken als die sozialen Maßnahmen. Einladungen werden an die Behörden und zuständigen Vereine des Regierungsbezirks und auch darüber hinaus ergehen. Sonstige Interessenten, die an dem Kongreß teilzunehmen wünschen, werden gebeten, sich an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht, Viefesfeld, Altes Rathaus, zu wenden.

— Niedersachsentag. Auf dem vom 17. bis 19. September in Hannover stattfindenden Niedersachsentage soll verhandelt werden über: Volkslied, Volkskunst, Volkskunde. Prof. Schreyer-Berlin, Dr. Alpers-Berlin, Schindler-Hamburg, Dr. Pöhl-Hannover und andere haben Vorträge zugesagt. Wegen Einzelheiten, Unterkunft usw. wende man sich an den Heimatbund Niedersachsen in Hannover.

— Spiel- und Sportzeitung. Das Sportbüro Max Rüfner, Rennstraße 27, gibt eine „Spiel- und Sportzeitung“, heraus, die ab heute in wöchentlicher Folge erscheint. Jeder Sportfreund von Herford und Umgebung hat sicher schon lange bedauert, daß es hier an einem Sportorgan fehlte, das über die sportlichen Ereignisse schnell und eingehend berichtet und sich die ausschließliche Vertretung der Sportinteressen zur Aufgabe machte. Diesem Mangel ist mit dem Erscheinen der „Spiel- und Sportzeitung“ abgeholfen. Die reich ausgestattete und auf feinstem Papier gedruckte Zeitung ist bei den durch Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen für 75 Pfg. pro Nummer zu haben.

Viefesfeld, 31. Aug. Die Viefesfelder Flugvereinigung machte Sonntag auf dem Griezlerplatz in der Seime Probe-Flüge für ein Schauliegen, das in der nächsten Zeit stattfinden soll. Unter anderem wurde eine Übung unternommen, bei der ein Flugzeuginsasse während des Fluges eine aus dem Flugzeug herabgelassene etwa acht Meter lange Strickleiter benutzte. Als der Betreffende nur auf der Strickleiter stand, und den Versuch machte, das Flugzeug wieder zu besteigen, zeigte sich, daß ihm dies infolge des starken Aufwindes, den der Propeller ausübte, unmöglich war. Bei der Landung wurde dann der auf der Strickleiter stehende Flieger so schwer verletzt, daß er bewußtlos ins Krankenhaus überführt werden mußte. Der aufregende Vorfall wurde von einer großen Menschenmenge mit atemloser Spannung verfolgt. Ein zweiter Insasse des Flugzeuges, der neben dem Flugzeugführer an dem Fliegen teilnahm, war trotz Anspannung aller Kräfte nicht in der Lage, den Mißflieger wieder in das Flugzeug einzuparieren. Beim Landen wurde der Unglückliche zum Teil durch die Gipfel der Fichtenbäume gestrichelt.

Minden, 31. August. Gestern früh zwischen 3 und 4 Uhr brach im Hause Simonsstraße 9 Feuer aus. Leider griff es so schnell um sich, daß die Bewohner von ihren Sachen fast nichts retten konnten; ein Einbringen war auch nicht möglich, wegen der furchtbaren Verqualmung. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Die 29. Westfäl. Provinzial-Synode in Coesfeld

unter dem Vorsitz des Präses D. Rodolff-Schwelm begann am Sonnabend mit den üblichen Begrüßungen und wurde am Sonntag durch feierliche Gottesdienste mit Abendmahlsgang der Synodalen eingeleitet.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag mit einem Bericht des Präses über die kirchliche Lage. Den wichtigsten Punkt der von gewissem Ernst getragenen mehrstündigen Verhandlungen bildete das neue kirchliche Gemeindewahlgesetz, auf Grund dessen sämtliche kirchlichen Gemeindevertretungen sofort nach dem Grundfals des Frauen- und Verhältniswahlrechts neu gewählt werden sollen, um ihrerseits dann die 18 westfälischen Abgeordneten für die verfassunggebende Kirchenversammlung zu wählen. Die letzten Synoden von Westfalen und Rheinland haben dieses Gesetz abgelehnt, da sie die kirchliche Verfassung nicht durch eine besondere Konstituante, sondern durch die alte, zu Recht bestehende Generalsynode geordnet wissen wollten. Nun hat aber inzwischen die Generalsynode selbst die Wahl einer solchen Konstituante beschlossen und damit eine völlig neue Lage geschaffen. Demzufolge empfehlen jetzt sowohl Präses und Generalsuperintendent wie auch der Rechtsausschuß der Synode die Annahme der Vorlage. In Anträgen der Synoden Halle, Herford und Jyerlohn und in der nun einsetzenden Besprechung werden von mehreren Seiten Bedenken gegen das neue Gesetz vorgetragen: Die sofortige Auflösung sämtlicher kirchlicher Körperschaften erschüttere die ruhige Fortentwicklung des Gemeindelebens, der Parteigader werde Unruhe in die Gemeinden bringen, gegen das Eindringen nichtkirchlicher Wählermassen seien keine Sicherungen mehr vorhanden u. a. Eine allmähliche Einführung der Neuerungen auf Grund des mehrjährigen Wahlturnus sei daher vorzuziehen. Demgegenüber wurde betont: Westfalen habe Frauen- und Verhältniswahlrecht grundsätzlich angenommen; dann müsse es auch die verfassunggebende Versammlung nach diesem Verfahren wählen. Sonst seien die Frauen davon ausgeschlossen. Eine Beunruhigung der Gemeinden sei doch nicht zu vermeiden, habe sogar das Gute, daß sie nach all der Verworrenheit endlich Klarheit bringe. Kämpfe und Neuerungen seien nicht zu fürchten.

In der dritten Vollstimmung am Dienstag morgen wird das kirchliche Gemeindewahlgesetz noch einmal unter Eingehen auf die einzelnen Paragraphen ausführlich durchgesprochen. Der Rechtsausschuß hatte in seiner Montagssitzung mit 10 gegen 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen sich für das neue Gesetz ausgesprochen und empfahl seine Annahme, allerdings unter Hinzufügung folgender Erwartungen:

1. daß die Wählerlisten mit ausschließender Kraft, die auf Grund persönlicher Anmeldungen zustande gekommen sind, als Grundlage erhalten bleiben und nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes ergänzt werden;

2. daß Gemeinden, die bisher allgemeine Wählerlisten hatten, nunmehr Listen nach den Vorschriften des neuen Gesetzes anlegen können;

3. daß in solchen Gemeinden, in denen durch Gemeindestatut oder Herkommen die Verteilung der Repräsentanten auf einzelne Gemeindebezirke festgelegt ist, auch die Wahlvorschlüsse, soweit Abteilungen enthalten müssen, als Wahlbezirke zu berücksichtigen sind.

Von verschiedenen Seiten wurden noch starke Bedenken gegen die als ungenügend empfundenen neuen Qualifikationsbestimmungen der Repräsentanten laut. Deshalb beantragt der Präses noch eine vierte Einschränkung, daß nämlich in Westfalen und der Rheinprovinz die Qualifikationsbestimmungen des neuen Gesetzes (§ 63) nach denen der bisherigen Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung (§ 10 und 22) verstanden und angewendet werden sollen. Nach einer abermaligen grundsätzlichen Aussprache, in der von beiden Seiten mit großem Ernst und dem Gefühl schwerster Verantwortung gesprochen wird, wird das Wahlgesetz mit diesen 4 einschränkenden Erwartungen in zweiter Lesung mit 73 gegen 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Damit sind die entgegenstehenden Anträge der Synoden Halle, Herford und Jyerlohn erledigt. Für die Entscheidung in 3. Lesung soll die Stellung der Rheinischen Schwesterkirche abgewartet werden, die Mittwoch in Neuwied ihre Tagung beginnt.

Rippische Freistaaten.

Detmold, 31. August. Wegen Lohnforderungen sind hier die Maurer in den Streik getreten. Es kommen ungefähr 200 Streikende in Betracht. Gefordert wird eine Erhöhung des Stundenlohnes um 45 %, der bisher 4,20 M betragen hat. Die Streikenden stützen sich bei ihrer Forderung auf die hohen Lebensmittelpreise in Detmold.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Bochum, 31. August. Der auf der Zeche „Präsident“ verschüttete gewesene Zimmerhauer Buse hatte wegen schwerer Verletzungen ins Krankenhaus Bergmannsheil gebracht werden müssen. Dort ist er inzwischen gestorben. Buse war vorher ebenso wie seine beiden Kameraden unverletzt geblieben. Als es der Rettungsmannschaft gelungen war, eine zehn Meter dicke Kohlenwand zu durchstoßen, wollte Buse als erster durch die Öffnung klettern. Hierbei löste sich ein bieder Stein, der den Unglücklichen traf.

Mb. Herne, 31. August. Der Haupttäter des Erbschwieger-Militionensraubes, Heinz Henjeler, ist, wie der Herner Anzeiger erzählt, soeben in Holland verhaftet worden.

Selbstmord. 31. August. Gestern ist auch die Mutter des Hauptanführers Heinz Henjeler festgenommen und in das Bochumer Landesgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Die ebenfalls festgenommene „Verwandte“ des Henjeler ist dessen Schwester Erny Thraua. Wenn dieser Schwester auch keine unmittelbare Mitschuld nachgewiesen werden kann, so wird sie doch einflussreiche in Haft gehalten, damit einer etwaigen Verdunkelung vorgebeugt werde.

Mb. Paris, 31. August. Nach einer Meldung aus Genf landete gestern ein Riesenflugzeug in Kaufanne, das den Weg von London nach Kaufanne mit Zwischenlandung in Paris in acht Stunden zurücklegte.

Kleine Nachrichten. In Dülmen wurden einem Uhrmacher aus dem Schaufenster für 40 000 M. Uhren gestohlen. — Beim Ausbohren eines Turmloches wurde in Kattendenne ein Dieb von Hausbewohnern überrascht und erschossen. — In Vengerich geriet ein Arbeiter in eine Transmission und wurde querschnitts tödlich verletzt. — In Köln wurden bei einer Streikfeier vier Personen von einem Verbrecher durch Schüsse schwer verletzt. Der Täter sowie sein langgesuchter Komplize wurden festgenommen. — In Berlin wurde ein Kaufmann verhaftet, der einen schwindehaften Handel mit gestohlenen Steuerbanderolen betrieb. Für 800 000 M. Bänderolen wurden beschlagnahmt.

Wirtschaftsleben.

Regelung der Gesehwirtschaft. Eine Verordnung über die Verlängerung des Gesehverbandes vom 22. September 1919 regelte die Gesehwirtschaft bis zum 30. September 1920. Um eine rechtzeitige ausreichende Versorgung der Verbraucher mit Geseh sicherzustellen, erschien es notwendig, die Regelung bis zum 30. September 1921 zu verlängern. Dies ist durch eine solche im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Reichsministers für Landwirtschaft geschehen. Die Verordnung sieht ferner zum Ausgleich von Unbilligkeiten, die sich aus der bisherigen Regelung im Verhältnis zwischen den dem Gesehverbande angehörenden und den übrigen Fabriken ergeben, einige Neuerungen vor. Die Festsetzung von Produktionsrechten für die dem Verbande nicht angehörenden Fabriken, die lediglich für die Fabriken selbst von Interesse sind.

Tabak. (Mannheimer Marktbericht). Mit dem Abblatten der neuen Ernte ist in allen Anbaugebieten begonnen worden. Die Ernte ist so groß, daß viele Pflanzler nicht genügend Raum zum Aufhängen der Tabake haben. In den Vergärerlagern ist man mit der Bearbeitung und dem Verpacken der 1919er Tabake fast beschäftigt. Diefelben erfordern ein vielfaches an Arbeit und Unkosten gegenüber Tabaken, die zur normalen Jahreszeit von den Pflanzern in dachreife Zustand zur Ablieferung gebracht worden sind. Der Absatz aus den Vergärerlagern an die Fabrikanten geht in normaler Weise von statten.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Anzeigen:	31. Aug.	30. Aug.
	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1593,40	1586,50
Berlin-Köln	860,85	865,35
Christiana	701,80	695,30
Kopenhagen	719,25	709,30
Stockholm	994,01	992,00
Helsingfors	177,30	165,80
Italien	228,25	229,75
London	176,05	175,80
Newyork	49,70	49,07
Paris	340,65	343,15
Schweden	809,20	806,70
Spanien	736,75	738,25
Wien (alt)	—	22,34
do. (Deutsch-Öst. abgekauft)	22,22	22,28
Bras	82,02	82,24
Budapest	20,10	20,14

wird seit über 25 Jahren von Ärzten
und Zahnärzten empfohlen als eins
der zuverlässigsten Mittel zur Pflege
des Mundes und der Zähne.
Probetuben versenden kostenfrei
P. Betsendorf & Co., G.m.b.H., Hamburg 56.

Sie Selbstverständlich Sie
sparen viel Geld, wenn Sie Ihren Bedarf, an
Fahrrädern, Gummi u. Zubehörsachen
bei mir beden, mein günstiger Einkauf ist Ihr
Vorteil. Besichtigen Sie bitte meine Ausstellung.
Fahrradhaus Biermann, Gänsemart 1